

Mitteilung des Senats

vom 21. September 1909.

Inhaltsverzeichnis.

1. Erwerb eines Teils des Grundstücks Buntentorssteinweg Nr. 443.....	S. 1105.
2. Regulierung des Grundstücks Landwehrstraße Nr. 39.....	" 1105.
3. Ankauf eines Grundstücks an der Mästerbergstraße, Sonderburgerstraße und Brinckstraße.....	" 1106.
4. Neubau der Polizeiwache XV.....	" 1107.
5. Bedürfnisanstalt an der Georgstraße.....	" 1109.
6. Vergrößerung und Umbau der Hauptfeuerwache. III. Bauabschnitt.....	" 1110.
7. Anlegung eines Spielplatzes in der westlichen Vorstadt.....	" 1113.

1. Erwerb eines Teils des Grundstücks Buntentorssteinweg Nr. 443.

Die Deputation für die Stadterweiterung hat über diesen Gegenstand einen Bericht erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußfassung hierneben übersendet.

Bericht.

Anlage.

Die Verbreiterung des Buntentorssteinwegs vor dem Grundstück Nr. 443, Kataster-Parzellen 678 a und 679 a b, ist im Verkehrsinteresse nicht mehr hinauszuschieben. Vor diesem Grundstück liegt eine Weiche der Straßenbahn, wodurch der Verkehr so beengt wird, daß, wie die Polizeidirektion bestätigt, Gefahr für Passanten und passierende Fuhrwerke vorliegt. Die mit dem Eigentümer dieses Grundstücks geführten Verhandlungen wegen Abtretung des außerhalb der neuen Straßenlinie liegenden, im beigelegten Lageplan grün angelegten Teiles führten zu keiner Verständigung. Es wird daher beantragt, die Abtretung des zur Verbreiterung des Buntentorssteinwegs erforderlichen Teiles nach §§ 25 bis 28 der Bauordnung beschließen.

Einer besonderen Bewilligung der Kosten bedarf es nicht, da diese aus den der Deputation zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Separatbudget für außerordentliche Verwendungen bestritten werden können.

Die Deputation für die Stadterweiterung.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **H. G. Schütte.**

2. Regulierung des Grundstücks Landwehrstraße Nr. 39.

Über diesen Gegenstand hat die Deputation für die Stadterweiterung einen Bericht übergeben, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußfassung hierneben zugehen läßt.

Bericht.

Anlage.

Die Landwehrstraße ist jetzt auf der nordöstlichen Seite vom Haserkamp bis zu dem Grundstück Landwehrstraße Nr. 45 reguliert, mit Ausnahme des Grundstücks Nr. 39, das etwa 4,5 m aus der Straßen- und Häuserlinie hervorsticht. Im Verkehrsinteresse ist es deshalb erwünscht, daß auch dieses Grundstück in die neue Straßenlinie zurückverlegt wird. Die mit dem Vertreter des Eigentümers M. Stegemann gepflogenen Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Es empfiehlt sich daher, nunmehr die Abtretung des zur Straße zu ziehenden Teils des Grundstücks nach

§§ 25 bis 28 der Bauordnung zu verlangen, was die Deputation hiermit beantragt. Im beigelegten Lageplane ist der abzutretende Grundstücksteil grün angelegt. Die entstehenden Kosten fallen dem Separatbudget für außerordentliche Verwendungen zur Last und können aus den der Deputation zur Verfügung stehenden Mitteln bestritten werden.

Die Deputation für die Stadterweiterung.
(gez.) **Wessels.** (gez.) **H. G. Schütte.**

3. Ankauf eines Grundstücks an der Achterbergstraße, Sonderburgerstraße und Brinkstraße.

Die Deputation für die Stadterweiterung hat über diesen Gegenstand den anliegenden Bericht übergeben. Der Senat stimmt dem Antrage der Deputation mit dem Bemerkten zu, daß die Finanzdeputation gegen die Nachbewilligung nichts einzuwenden findet, und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Anlage.

Bericht.

Die Eigentümer des an der Achterbergstraße, Sonderburger- und Brinkstraße liegenden, im beigelegten Lageplane rot angelegten Grundstücks, Kataster-Bezeichnung 650 J J, Gerhard Behnken Erben, beabsichtigen dieses Grundstück zu bebauen. Da sich das an drei Straßen grenzende Grundstück gut zu einem freien Platze eignet, so hat die Deputation mit Behnken Erben wegen Ankauf des Grundstücks verhandelt. Die Verhandlungen haben zum Abschluß des anliegenden Vertrages geführt, wonach das Grundstück zum Preise von 5500 M an den Bremischen Staat verkauft wird. Das Grundstück ist etwa 364 qm groß, für das Quadratmeter Grundfläche werden demnach 15,11 M bezahlt. Die Deputation hält diesen Preis in Anbetracht des Umstandes, daß es sich um einen an drei Straßen grenzenden Platz handelt, für angemessen; sie beantragt daher, den mit G. Behnken Erben abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und den Kaufpreis mit 5500 M, sowie an Kosten 150 M, demnach insgesamt 5650 M, auf das Budget des ordentlichen Haushalts, Fonds Regulierung der Baulinien, nachzubewilligen.

Die Deputation für die Stadterweiterung.
(gez.) **Wessels.** (gez.) **H. G. Schütte.**

Unteranlage.

Vertrag.

Zwischen dem Bremischen Staat, vertreten durch die Deputation für die Stadterweiterung, und Gerhard Behnken Erben, vertreten durch die Testamentvollstrecker, nämlich 1) dem Schmiedemeister Gerhard Johann Behnken, wohnhaft hier selbst, Ubbemerstraße Nr. 119/120 und 2) dem Bureauvorsteher Julius Christoph Keller, wohnhaft hier selbst, Germaniastraße Nr. 9, ist unter Vorbehalt der Genehmigung von Senat und Bürgerschaft folgender Vertrag abgeschlossen worden.

§ 1.

G. Behnken Erben verkaufen an den Bremischen Staat das in dem beigelegten Lageplane vom 1. Juli 1909, gezeichnet „Der Baurat J. B. Muesmann“, rot angelegte, etwa 364 qm große Grundstück an der Sonderburger-, Achterberg- und Brinkstraße, Kataster-Bezeichnung 650 J J, frei von Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, sowie frei von Lasten und Dienstbarkeiten.

§ 2.

Das verkaufte Grundstück wird dem Bremischen Staat am 1. Januar 1910 geliefert.

§ 3.

Der Kaufpreis beträgt 5500 M, in Buchstaben: Fünftausendfünfhundert Mark, er ist zahlbar am Tage der Lieferung nach gesicherter Fassung des Grundstücks.

§ 4.

Sämtliche Kosten der Eigentumsübertragung und die Staatsabgabe werden gemeinschaftlich, je zur Hälfte getragen.

Die Unterzeichneten bevollmächtigen den Bureauvorsteher Heinrich Stadtlander einen diesen Vereinbarungen entsprechenden Vertrag vor der Regierungskanzlei abzuschließen, indem sie ihm ausdrücklich gestatten, dabei als Vertreter beider Teile zu handeln.

Bremen, den 17. Juli 1909.

Die Deputation für die Stadterweiterung.

(gez.) **J. Keller.**

S. S.:

(gez.) **Wessels.**

(gez.) **J. Deppen jr.**

(gez.) **Gerh. Joh. Behnen.**

4. Neubau der Polizeiwache XV.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, hat über den Neubau der Polizeiwache XV den anliegenden Bericht erstattet. Der Senat stimmt dem Antrage der Baudeputation zu und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Bericht.

Anlage.

Die unterzeichnete Deputation überreicht mit 8 Blatt Zeichnungen (in Mappe) einen Kostenanschlag, eine Baubeschreibung nebst dem von Senat und Bürgerschaft genehmigten Vorprojekt (Verh. d. S. 1909 S. 497) mit zugehörigem Kostenüberschlage das Spezialprojekt für den Neubau der Polizeiwache XV an der Woltmershäuserstraße mit dem Bemerkten, daß gegen das genehmigte Vorprojekt keine wesentliche Änderung eingetreten ist. Auf Antrag der Polizeidirektion ist nur noch im Treppenhause ein Nebeneingang geschaffen worden, welchen die Baudeputation am 24. Mai dieses Jahres bereits genehmigt hatte. Mit der Anlage von Luftisolierschichten in den Außenwänden sind bei den älteren Bauten so günstige Erfahrungen gemacht, daß solche auch für die allseitig freistehende Polizeiwache vorgesehen sind. Die Geschöshöhen des Erd- und I. Obergeschosses sind nochmals um je 10 cm verringert worden.

Das Gebäude wird mit seiner westlichen Hausecke etwa 2,50 m hinter die Baufluchtlinie zurückgerückt und parallel zu den Nachbarhäusern errichtet. Hiermit hat sich die Deputation für die Stadterweiterung einverstanden erklärt.

Die Baukosten bleiben in der Höhe von 39 000 M bestehen. Das Kubikmeter umbauten Raumes stellt sich dabei, gerechnet von Oberkante Kellerfußboden, oder bei dem nicht unterkellerten Teil von 1,00 m unter Gelände bis Oberkante Hauptgesims gerechnet, auf 16,50 M.

Die unterzeichnete Deputation beehrt sich bei Senat und Bürgerschaft die Zustimmung zu dem vorgelegten Spezialprojekt zu beantragen.

Bremen, den 20. September 1909.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

S. S.:

(gez.) **Buß.**

(gez.) **Ed. Achelis.**

Unteranlage.

Baubeschreibung.

Bau stelle: Als Bauplatz für den Neubau ist auf Wunsch der Polizeidirektion das staatliche Grundstück zwischen Woltmershauserstraße und Westerdeich in der Nähe der alten Polizeiwache vorgesehen. Das Gebäude wird mit seiner westlichen Hausecke etwa 2,50 m hinter die Baufuchtlinie zurückgerückt und parallel zu den Nachbarhäusern errichtet (s. Lageplan).

Bauentwurf: Im Erdgeschoß liegen das Meldebureau und die Wachtstube, die Zimmer für den Nachtwachtmeister, den Wachtmeister, das Schrankzimmer und die Klojette. In einem besonderen, unmittelbar von außen zugänglichen Anbau befinden sich drei Zellen mit einem Abort für die Arrestanten. Im Obergeschoß sind die Diensträume für den Kommissär, den Kriminalwachtmeister und einen Boten untergebracht. Getrennt von diesen liegt in demselben Stockwerk die Wohnung des Kommissärs, bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Speisekammer und Klojett.

Das teilweise ausgebaute Dachgeschoß enthält ein Zimmer, eine Bodenkammer, Mädchenkammer, Bad, Bodenraum und Waschküche.

Bauart: Das Gebäude soll als einfacher Putzbau mit Backsteinverblendung für den Sockel, den Vorbau und die Fensterumrahmungen des Erdgeschoßes ausgeführt werden. Das Mauerwerk bis zum Fußboden des Erdgeschoßes wird mit Zementmörtel, von da ab mit Kalkmörtel hergestellt. Alle Außenwände erhalten Luftschichten zur Abhaltung der Feuchtigkeit, ebenso ein Teil einer Innenwand zur Abhaltung von Lärm in dem Zellenanbau.

Die Treppe wird aus Eisenbeton mit Linoleumbelag hergestellt und im Dachgeschoß feuer sicher abgeschlossen.

Im allgemeinen sind Balkendecken angenommen, nur die Decken über den Kellerräumen und unter der Küche, der Speisekammer, dem Klojett, der Waschküche und dem Bad der Wohnung werden massiv ausgeführt. Die Fußböden der Eingänge und Flure und der Toilette des Erdgeschoßes, der Küche, Speisekammer und des Klojetts im ersten Obergeschoße, der Waschküche und des Bades im Dachgeschoße sollen mit Terrazzo, die der Diensträume, mit Ausnahme der beiden nicht unterkellerten Räume des Erdgeschoßes, mit Linoleum belegt werden.

Die zuletzt bezeichneten Räume des Erdgeschoßes und die Wohnräume erhalten hölzerne Fußböden.

Die inneren Wandflächen werden mit Kalkmörtel aus dem Groben und Feinen gepußt, die Fassaden mit Zementmörtel. Die Balkenlagen und das Dach sollen aus Tannenholz hergestellt werden.

Für das Dach des Hauptbaues sind Pfannen, für das des Anbaues ist Fliesenbelag mit Teerpappe-Isolierschicht angenommen. Die Haustüren und Fenster sollen aus pitch-pine-Holz, die Innentüren aus carolina-pine-Holz angefertigt werden. Für die Diensträume ist elektrisches Licht, für die Dienstwohnung und das Schrankzimmer Gas zur Beleuchtung und zum Kochen vorgesehen. Die Putzflächen der Fassade werden mit einer wetterbeständigen Farbe, die inneren Wandflächen und Decken mit Leimfarbe gestrichen.

Baukosten: Die Baukosten betragen nach dem beiliegenden Kostenanschlage 39 000 M, wobei sich das Kubikmeter umbauten Raumes, gemessen vom Fußboden des Kellers oder, bei dem nicht unterkellerten Teil, von 1,00 m unter dem Gelände bis zur Oberkante des Hauptgesimses, auf 16,50 M stellt.

Bremen, den 14. August 1909.

Die Hochbauinspektion I.

J. B.:

(gez.) Dhuesorge.

Einverstanden,
den 25. 8. 09.

Die Baudirektion, Abteilung Hochbau.

(gez.) Ehrhardt.

5. Bedürfnisanstalt an der Georgstraße.

Über diesen Gegenstand hat die Baudeputation, Abteilung Hochbau, den anliegenden Bericht übergeben. Der Senat stimmt dem Antrage der Baudeputation mit dem Bemerkten zu, daß die Finanzdeputation gegen die beantragte Nachbewilligung nichts zu erinnern gefunden hat und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Bericht.

Anlage.

Die Bürgerschaft hat am 23. Juni d. J. beschlossen, den Senat zu ersuchen, die Baudeputation mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen um geeignete Vorschläge zu machen für eine Bedürfnisanstalt am Bahnhofplatz in der Nähe der Georgstraße (Verhdlg. 1909, S. 733, 735). Die unterzeichnete Deputation ist mit der Polizeidirektion ins Benehmen getreten und es wird nunmehr als der geeignetste Platz für die Bedürfnisanstalt empfohlen, der Platz an der Georgstraße neben dem zu beseitigenden alten eisernen Pissoir. Die Bedürfnisanstalt ist mit Zustimmung der Polizeidirektion nur als Pissoir für Männer, ohne Aborte, geplant, da ein Bedürfnis für eine Anlage mit Aborten nicht vorliegt. Das Haus ist 4,50 m lang und 3 m breit. Der neben der Fahrstraße auf dem Güterbahnhofe herlaufende Fußweg der Eisenbahn-Betriebsinspektion braucht bei dieser Breite des Hauses nicht in Anspruch genommen zu werden und eine Verkehrsstörung durch das geringe etwa 25 cm tiefe Hineinspringen einer Hausecke in den Plattenfußsteig ist nicht zu befürchten.

Die Kosten werden nach dem Kostenüberschlage 2700 M betragen, deren Nachbewilligung erforderlich ist.

Die unterzeichnete Deputation überreicht Zeichnung, Lageplan, Baubeschreibung und Kostenüberschlag und beantragt:

die Kosten von 2700 M auf das Budget Nr. 93, Titel III, 21, nachzubewilligen.

Bremen, den 20. September 1909.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

J. B.:

(gez.) **Buff.** (gez.) **Ed. Achelis.**

Baubeschreibung.

Unteranlage.

Die neue Bedürfnisanstalt soll neben dem abzubrechenden eisernen Pissoir an der Georgstraße errichtet werden. Das Bankett wird aus Beton, das übrige Mauerwerk aus Ziegelsteinen in Zementmörtel hergestellt. Die Ansichtsflächen werden gepußt. Das Dachwerk soll aus Tannenholz hergestellt werden. Die Balkendecke wird herohrt und gepußt, das Dach mit Schiefer in deutscher Art gedeckt. Der Fußboden und die Wände bis zu einer Höhe von 1,40 m sollen mit Torfplatten bekleidet werden, die übrigen Wandflächen erhalten Besenpuß. Die Tischlerarbeiten werden aus pitch-pine-Holz ausgeführt.

Die Baukosten betragen nach dem Kostenüberschlage 2700 M, wobei das Kubikmeter des umbauten Raumes, gemessen von der Oberkante des Banketts bis zur Hauptgesimsoberkante, mit 51,50 M in Rechnung gestellt ist.

Bremen, den 27. August 1909.

Die Hochbauinspektion I.

J. B.:

(gez.) **Dhuesjorge.**

Einverstanden,
den 30. 8. 09.

Die Baudirektion, Abteilung Hochbau.

(gez.) **Ehrhardt.**

6. Vergrößerung und Umbau der Hauptfeuerwache. III. Bauabschnitt.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, hat über den in der Überschrift genannten Gegenstand den anliegenden Bericht übergeben, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerschaft zur Beschlußfassung übersendet. Die Finanzdeputation stellt die beantragte Nachbewilligung anheim.

Bericht.

Anlage.

Zur Erledigung des Auftrages vom 17./23. Juni 1908 (Verhdlg. S. 678, 680) legt die Baudeputation das spezielle Projekt vor: 14 Blatt Zeichnungen, Baubeschreibung und 6 Hefte Berechnungen. Zu dem Projekt ist folgendes zu bemerken:

1) Die im Bericht der Baudeputation vom 25. Mai 1908 (Verhdlg. S. 566) erwähnten und die von Senat und Bürgerschaft (Verhdlg. 1908 S. 678, 680) beschlossenen Abänderungen des generellen Projekts sind vorgenommen worden.

2) Auf Antrag der Löschdeputation ist vorgesehen worden, daß auf die Turnhalle ein bis zwei Geschosse aufgebaut werden können, wenn die Wache abermals vergrößert werden müßte.

3) Die Fassaden sind teilweise geändert, weil der Grundriß des Gebäudes an der Straßenkreuzung und die Haupttreppe haben verändert werden müssen.

4) Auf Wunsch der Direktion der Feuerwehr ist an das zur Brandmeisterwohnung führende Treppenhaus eine kleine Abortanlage für die Mannschaften angebaut worden.

5) Wie aus dem Lageplan der Regulierungsdeputation hervorgeht, überschreitet der Neubau an der südlichen Ecke die Häuserlinie. Die Regulierungsdeputation hat sich hiermit einverstanden erklärt.

6) Die Direktion der Feuerwehr hat für die Wagenhallen um Klinker- oder Fliesenbelag statt Zementestrich gebeten, für die Einfahrtstore Mindestmaße aufgestellt, für die Reservefahrzeughalle und die Turnhalle Anschluß an die Zentralheizung und für die Wohnräume der Dienstwohnungen elektrisches Licht gewünscht. Die Baudeputation hat im Einvernehmen mit der Löschdeputation beschlossen, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, wobei zu bemerken ist, daß die Turnhalle schon jetzt mit Heizkörpern und Leitungsröhren versehen werden soll, um die später etwa aufzubauenden Geschosse an die Heizung anschließen zu können, und daß der Verbrauch an elektrischem Licht gemessen und von den Wohnungsinhabern bezahlt wird.

7) Die Baukosten betragen 307 600 M. In der Baubeschreibung des generellen Projekts waren sie zu 296 000 M angegeben. Dabei waren aber 6000 M als Erlös aus den alten Häusern, dem alten Pflaster und dergleichen von der Baukostensumme abgesetzt worden. Auf diesen Erlös ist aber erst nach Fertigstellung des Neubaus zu rechnen. Er bleibt daher besser unberücksichtigt. Die 5600 M, die das spezielle Projekt hiernach mehr als das generelle kosten soll, ergeben sich aus dem großen Fachwerksträger über der Fahrzeughalle, der Abortanlage am Treppenhaus zur Brandmeisterwohnung und dem Laufsteg in der Reservewagenhalle.

Die Baudeputation beantragt, das vorgelegte Projekt und damit auch die Überschreitung der Häuserlinie an der südlichen Ecke zu genehmigen und zu seiner Ausführung 307 600 M zu bewilligen, und zwar durch Nachbewilligung einer außerordentlichen Ausgabe von 160 000 M auf das laufende Budget und durch Bewilligung von 147 600 M als außerordentliche Ausgabe auf das Rechnungsjahr 1910. Ferner beantragt die Baudeputation, sie zu ermächtigen, unerhebliche Änderungen, die sich während der Bauausführung als erwünscht herausstellen, ohne die Kosten zu erhöhen, im Einverständnis mit der Löschdeputation vorzunehmen.

Bremen, den 23. August 1909.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.
(gez.) **Nebelthau.** (gez.) **Ed. Achelis.**

Baubeschreibung.

Unteranlage.

Die Baustelle liegt am Wandrahm und an der kleinen Helle. Sie grenzt nordöstlich an das Brandinspektorenwohnhaus, westlich an die Einfahrt zum Feuerwehrgrundstück.

Der gute Baugrund liegt etwa 2,5 m unter Gelände, so daß die Gründung des Gebäudes keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Die Gebäudegruppe gliedert sich in den mehrstöckigen Hauptbau an der kleinen Helle und am Wandrahm und in die einstöckige Turnhalle mit Durchfahrt an der kleinen Helle.

Der Hauptbau wird mit Ausnahme der Halle für Automobilfahrzeuge unterkellert. Im Kellergechoß sind untergebracht Räume für Heizung und Akkumulatoren, Aufbewahrungsräume und Wirtschaftskeller.

Das Erdgeschoß des Hauptbaues enthält im Flügel am Wandrahm eine Halle für 6—7 Automobilfahrzeuge mit 6 Einfahrten von der Straße und 2 Durchfahrten nach dem Hofe. Um die Halle gruppieren sich 6 Schlafräume mit 59 Betten und 2 Flure, von denen der eine nach einer Abortanlage, der andere nach dem Haupttreppenhaus an der Ecke des Grundstücks führt. Durch den Haupteingang, neben dem ein Wachraum angeordnet ist, gelangt man vom Wandrahm unmittelbar in das Haupttreppenhaus, an das sich in dem Flügel nach der kleinen Helle ein Flur mit 2 für das Publikum leicht erreichbaren Räumen für die Sanitätswache, einem Vorratsraum und mehreren Aborten anschließt. Der Flur ist mit der Halle für Reservefahrzeuge, neben der das Treppenhaus für die Telegraphen-Ingenieurwohnung und ein Raum für Krankenwagenfahrer liegen, durch eine Tür verbunden. In der Halle für Reservefahrzeuge soll an der Decke eine Laufkette von 5000 kg Tragkraft zur Demontierung schwerer Fahrzeuge angebracht werden. Das Treppenhaus für die Brandmeisterwohnung schließt den Flügel am Wandrahm gegen die Einfahrt zum Grundstück ab. Zwischen den Hauptbau an der kleinen Helle und das Brandinspektorenwohnhaus schiebt sich die Turnhalle mit Durchfahrt.

Im 1. Obergeschoß befinden sich im Flügel an der kleinen Helle Dienstzimmer für den Branddirektor, den Brandinspektor, die Brandmeister und den Feldwebel, ferner die Kanzlei mit Nebenräumen und mehrere Aborte. Im Flügel am Wandrahm liegen ein Schrankraum, eine Mannschaftsküche, ein Waschraum, Aborte, Räume für Telegraphie und die Tagesräume für die Feuerwehrleute, von denen Gleitstangen zur Wagenhalle im Erdgeschoß führen. Die nicht hochgeführten Teile des Erdgeschoßes an der Hinterfront erhalten flache Dächer zur Benutzung für Dienstzwecke.

Das 2. Obergeschoß enthält je eine Dienstwohnung für einen Brandmeister und den Telegrapheningenieur, eine Mechanikerwerkstatt, Räume für Telegraphenvorräte, ein Zimmer für Volontäre, einen Lehrmittel- und Modellraum, ein Zeichenzimmer, ein Aktzimmer, das Bibliothek- und Konferenzzimmer und 2 Aborte.

Im Dachgeschoß sind für jede Dienstwohnung eine Waschküche, eine Mädchenkammer und ein Trockenboden untergebracht. Der übrig bleibende Bodenraum soll zur Aufbewahrung von Gegenständen für den Dienstgebrauch dienen.

Der über dem Haupttreppenhaus sich erhebende Turm trägt ein Abspann- gestänge für etwa 480 Isolatoren, deren unterste Reihe 22 m über Pflaster liegt.

Das Gebäude soll ebenso wie die bereits auf dem Grundstück vorhandenen Baulichkeiten als Ziegelrohbau unter sparsamer Verwendung von Formsteinen mit Schieferdach in deutscher Deckung aufgeführt werden. Die Haupteingangstür wird durch ein Sandsteinportal umrahmt.

Die Fundamente sollen aus Stampfbeton, das Kellergechoß aus Ziegelsteinen in Zementmörtel, alle anderen Geschoße aus Ziegelsteinen in Kalkmörtel aufgeführt werden. Schwerer belastete Bauteile sind aus Ziegelsteinen in verlängertem Zementmörtel oder aus Klinkern in reinem Zementmörtel zu mauern. Das besonders stark beanspruchte Fundament der Säule in der Halle für Automobilfahrzeuge soll aus Eisenbeton hergestellt werden.

Damit die Automobilfahrzeuge schnell und sicher vom Hofe aus in die Halle einfahren können, ist an Stelle der im Vorentwurf vorgesehenen 6 Stützen nur eine

Stütze mit einem darüberliegenden, durch das 1. Obergeschoß reichenden Gitterträger angenommen worden.

Zum Schutze gegen aufsteigende Feuchtigkeit dient eine 2 cm starke Zementisolierschicht, die bei unterkellerten Räumen dicht über dem Kellerfußboden, bei nicht unterkellerten Räumen dicht über Terrain anzuordnen ist, während die seitliche Feuchtigkeit durch einen 2 cm starken Zementputz an den mit Erde zu hinterfüllenden Kellerwänden abgehalten werden soll.

Sämtliche Decken werden massiv hergestellt.

Als Fußboden des Kellers ist Zementestrich auf Betonunterlage, in den Akkumulatorenräumen Asphaltestrich auf Betonunterlage vorgegeben. Im Erdgeschoß erhalten alle nicht unterkellerten Räume Zementestrich auf Betonunterlage. Der Fußboden der Mannschaftsräume wird mit Linoleum belegt. Die Küchen, Speisekammern, Klosetts und die Waschräume in den Obergeschoßen erhalten Terrazzo-Fußboden, alle übrigen Räume Linoleumbelag auf Torgament-, Gips- oder ähnlichen Estrich.

Die Wände der Fahrzeughallen und Akkumulatorenräume werden mit hellen, glasierten Verblendern, die Küchen, Bade- und Waschräume bis zu einer Höhe von 1,8 m mit glasierten Fliesen bekleidet. Alle übrigen Räume erhalten Kalkmörtelputz, die Durchfahrt Putz in Zementmörtel.

Schwellen äußerer Türen und Freitreppen werden aus Granit oder Kunststein hergestellt.

Die dreiarmige Haupttreppe führt als freitragende Eisenbetondecke mit Kunststeinstufen, Linoleumbelag und schmiedeeisernem Geländer vom Erdgeschoß bis zum zweiten Obergeschoß, von wo sie sich im Turm als schmiedeeiserne Treppe bis zu dem Abspanngestänge fortgesetzt. Die Treppe im Haupteingang wird aus Granit, alle Treppen im Kellergeschoß und die Wendeltreppe im Anbau des Flügels am Wandrahm werden aus Kunststein, die Treppen zu den Dienstwohnungen aus Holz mit Linoleumbelag und die Treppen im Turnhallenbau aus Schmiedeeisen hergestellt.

Die Satteldächer des Hauptbaues und das Mansardendach der Turnhalle werden aus Tannenholz konstruiert und mit Schiefeln in deutscher Deckung auf Schalung und Unterlage aus Asphaltpappe eingedeckt; die flachen Dächer über den im ersten und zweiten Obergeschoß liegenbleibenden Bauteilen an der Hinterfront sollen als Holzzementdächer hergestellt und mit einem schmiedeeisernen Geländer versehen werden.

Für alle äußeren Fenster, Tore und Türen mit Ausnahme der Haupteingangstür und der Eingangstüren in den Treppenhäusern der Dienstwohnungen, die aus Eichenholz hergestellt werden, soll pitch-pine-Holz, für alle inneren Fenster, Türen und Windfänge carolina-pine-Holz verwendet werden.

Die Fenster werden mit Ölfarbe gestrichen, lackiert und im Keller- und Dachgeschoß mit $\frac{1}{4}$ Glas, sonst mit $\frac{3}{4}$ Glas verglast. Türen, Tore und Windfänge werden lasiert und lackiert. Die geputzten Wandflächen aller anderen Räume sowie alle Decken sollen mit Leimfarbe gestrichen werden.

Die Aborte erhalten Spülklosetts mit Einzelspülung und Pissoirs, und, wie auch verschiedene andere Räume, Waschbecken. Im Mannschaftswaschraum soll ein Reihenwaschtisch aufgestellt werden.

Büreauräume, Fahrzeughallen und einzelne sonstige Räume erhalten elektrisches Licht; im übrigen ist Gasbeleuchtung vorgegeben; außerdem soll eine elektrische Alarmbelichtung eingebaut werden.

Für die Dienstwohnungen, die Reservewagenhalle und die Turnhalle ist Ofenheizung, für alle übrigen Räume Warmwasser-Sammelheizung vorgegeben. Die Küchen der Wohnungen erhalten Herde für Gas- und Kohlenfeuerung, während in der Mannschaftsküche ein Herd aufgestellt werden soll, der nur mit Kohlen geheizt werden kann.

Nach Fertigstellung des Baues wird der Hof kanalisiert und gepflastert. Die Reitbahn wird in die nördliche Ecke verlegt.

Der Kostenanschlag für den Hauptbau schließt mit 290 000 Mk ab. Die reinen Baukosten nach Abzug der Kosten für Nebenanlagen und Giebelaufbauten betragen, wie aus der dem Kostenanschlage nachgefügte Berechnung hervorgeht, $245\,069,25 + 11\,430,00 = 256\,499,25$ Mk; hiernach stellt sich der Preis für 1 cbm

umbauten Raumes des Hauptgebäudes auf 16,75 M und für 1 cbm umbauten Raumes des Turmes über der Oberkante Hauptgesims auf 18 M.

Der Kostenschlag der Turnhalle schließt mit 17 600 M ab. Nach der dem Kostenschlag nachgefügt Berechnung ergibt sich als Preis für 1 cbm umbauten Raumes 11,12 M.

Es wird beabsichtigt, mit dem Neubau sofort nach Genehmigung des Projekts durch Senat und Bürgererschaft zu beginnen und die Arbeiten so zu fördern, daß die Gebäude Ende nächsten Jahres in Benutzung genommen werden können.

Bremen, den 8. Juni 1909.

Die Hochbauinspektion II.

(gez.) Knop.

Einverstanden.

Die Baudirektion, Abteilung Hochbau.

23. 6. 09.

(gez.) Ehrhardt.

7. Anlegung eines Spielplatzes in der westlichen Vorstadt.

Die Balldeputation hat den anliegenden von ihr in Gemeinschaft mit der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, über diesen Gegenstand erstatteten Bericht übergeben. Der Senat stimmt dem Antrage der berichtenden Deputationen mit dem Bemerkten zu, daß die Finanzdeputation gegen die Nachbewilligung nichts zu erinnern gefunden hat. Er ersucht die Bürgererschaft, ihm beizutreten.

Anlage.

Bericht.

Zur Erledigung des ihnen erteilten Auftrages, über die Herrichtung eines öffentlichen Spielplatzes auf dem Gelände des abgetragenen Pulverberges zu berichten (Verhdlg. 1908 S. 20, 1909 S. 258), verweisen die unterzeichneten Deputationen zunächst auf den Bericht der Schuldeputation vom 12. März 1909 (Verhdlg. S. 258), in dem ausgeführt wird, daß bei der Verwendung des Pulverberges zum Bau einer Volksschule zwischen dieser und der Schule an der Schleswigerstraße ein Platz von 5000 qm frei bleibt. Dieser Platz kann, wie aus dem beifolgenden Plane der Gartenbauinspektion hervorgeht, sehr gut zu einem öffentlichen Spielplatz hergerichtet werden. Zu dem Zweck ist der Pulverberg bis 0,18 m unter Straßenhöhe abzutragen, um eine Schlackendecke von dieser Höhe aufbringen zu können. Mit der Abtragung ist bereits Anfang 1908 begonnen worden und zwar in der Weise, daß sie Interessenten gegen Zahlung von 0,3 M für ein Kubikmeter überlassen wurde. Solange Bauhand zu holen war, fanden sich auch Interessenten. Dies ist aber jetzt nicht mehr der Fall, und so muß die weitere Abtragung, namentlich, wenn sie beschleunigt werden soll, was im Interesse der Schule an der Schleswigerstraße dringend zu wünschen ist, vom Tiefbau ausverdingen werden. Nach den für derartige Arbeiten bestehenden Vertragspreisen ist anzunehmen, daß die Abtragung bis Straßenhöhe 3000 M, und die weitere Abtragung bis 0,18 m unter Straßenhöhe 2500 M kosten werden. Da es sich empfiehlt, mit der Anlegung des öffentlichen Spielplatzes bis zur endgültigen Entscheidung über die neue Schule am Pulverberg zu warten, so genügt es, wenn die zuletzt erwähnten 2500 M zum Budget des Rechnungsjahres 1910 bewilligt werden, dagegen müßten die 3000 M zur Abtragung des Pulverberges bis Straßenhöhe sogleich zur Verfügung gestellt werden, um den berechtigten Klagen der Schule an der Schleswigerstraße über die Sandverwehungen abzuwehren.

Die Gartenbauinspektion veranschlagt die Kosten der Herstellung des Spielplatzes (Schlackenwege, Kosten mit Kanalan schlüssen, Baumpflanzungen, Baumschützer, Planierung und Unvorhergesehenes) auf 5040 M.

Die unterzeichneten Deputationen beantragen hiernach, für die Anlegung eines Spielplatzes in der westlichen Vorstadt 2500 M und 5040 M = 7540 M als außerordentliche Ausgabe auf das Budget des Rechnungsjahres 1910 zu bewilligen und für die Abtragung des Pulverberges bis auf Straßenhöhe 3000 M als außerordentliche Ausgabe auf das laufende Budget nachzubewilligen.

Bremen, den 23./31. August 1909.

Die Baudeputation,
Abteilung Straßenbau,
(gez.) **Weßels.** (gez.) **M. Boettcher.**

Die Walldeputation.
(gez.) **Nebelthau.** (gez.) **Wm. Haas.**